



Bayerischer
Städtetag

Forderungen des Bayerischen Städtetags an Landtag und Staatsregierung 2023

Die Finanzsituation der Kommunen gerät seit Jahren trotz ihrer stabilen Einnahmen immer mehr in Schieflage. Die Ausgaben auf kommunaler Seite steigen überproportional an, etwa bei der Kinderbetreuung, beim ÖPNV, im Krankenhauswesen, bei Klimaschutz und Klimaanpassung, bei der Digitalisierung oder den Leistungen der Jugend- und Sozialhilfe. Die Kommunen werden von Bund und Land in vielen Bereichen zu sehr in Anspruch genommen und ihr Ruf nach auskömmlicher finanzieller Unterstützung findet kein ausreichendes Gehör. Zugleich nehmen Verteilungsdiskussionen insgesamt zu, weil die Mittel zur Erfüllung aller Wünsche absehbar nicht mehr vorhanden sein werden. Verschärft wird die Situation durch einen überbordenden Bürokratismus, vor allem durch eine Vielzahl kleinteiliger staatlicher Förderprogramme. Der Arbeitsaufwand für deren Umsetzung steht oftmals in keinem Verhältnis zum Förderbetrag und kann angesichts eines auch im Bereich der öffentlichen Verwaltung zunehmenden Fachkräftemangels vielfach schon heute nicht mehr bewältigt werden. Die aktuelle Vielfachkrise erfordert es, den Fokus auf das Wesentliche zu richten und bereits im Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, ob neue Aufgaben und Ziele mit den zur Verfügung gestellten finanziellen sowie personellen Ressourcen überhaupt umsetzbar sind.

Der Bayerische Städtetag fordert von Landes- und Bundespolitik die Erkenntnis, dass die Kommunen die Fülle der ihnen zugewiesenen Aufgaben und Standards so nicht mehr bewältigen können. Das Staatswesen muss sich wieder stärker auf die Erledigung der wesentlichen Aufgaben konzentrieren. Angesichts der Finanzsituation ist es unabdingbar, die Themen der Standards und der Bürokratie anzugehen und ein nicht mehr leistbares Niveau zu senken. Wenn den Kommunen die Finanzmittel zur Umsetzung der ihnen vorgegebenen Standards nicht mehr zur Verfügung gestellt werden können, müssen die Standards entsprechend gesenkt werden, der Verwaltungsaufwand verringert und die Digitalisierung verbessert werden. Im System der staatlichen Finanzströme muss angesichts einer besorgniserregenden Entwicklung stärker als je zuvor darauf geachtet werden, dass die kommunale Ebene nicht nur für die Erfüllung staatlicher Aufgaben in Anspruch genommen wird, sondern auch eine aufgabengerechte Finanzierung erhält.

1. Die kommunale Finanzausstattung dringend und dauerhaft stärken und Aufgabenzuwächse kompensieren

Der Freistaat Bayern muss die allgemeine Finanzausstattung vorrangig durch Anhebung der Verbundquote im kommunalen Finanzausgleich dauerhaft stärken. Die Kommunen müssen auch für Aufgabenbelastungen, bei denen das Konnexitätsprinzip nicht zur Anwendung kommt, eine auskömmliche Kompensation erhalten. Die Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden muss bei staatlich übertragenen Aufgaben erhalten bleiben. Die Finanzierung der den kreisfreien Städten übertragenen staatlichen Kreisverwaltungsaufgaben muss angemessen geregelt werden. Der Staat muss die kommunalen Eigenanteile durch realitätsgerechte Anpassung der förderfähigen Kosten bei Investitionen, insbesondere bei der Schul- und Kitaförderung, reduzieren. Förderprogramme müssen einfacher gestaltet, langfristig angelegt und mit einer realistischen Mittelausstattung versehen werden. Es muss eine Abkehr von kleinteiligen und verwaltungsaufwändigen Förderprogrammen erfolgen.

2. Mehr kommunale Handlungsmöglichkeiten schaffen und Finanzmittel für Klimaschutz und Klimaanpassung sofort bereitstellen

Der Freistaat muss den Kommunen für die Umsetzung seiner gesetzlich verankerten Klimaschutzziele einen konnexitätsrelevanten Kostenausgleich zur Verfügung stellen. Eine Umgehung des Konnexitätsprinzips durch Zuordnung des Klimaschutzes als „freiwillige“ Aufgabe der Kommunen ist nicht sachgerecht; Klimaschutz ist für Staat und Kommunen eine Pflichtaufgabe. Wo das Konnexitätsprinzip nicht greift, muss ebenfalls eine aufgabengerechte Finanzierung erfolgen. Um bis 2040 die angestrebte Klimaneutralität, Resilienz gegen stetig wachsende Wetterextreme und Umweltkatastrophen und Sicherung des Artenschutzes zu erreichen, müssen vom Staat unter Beachtung und Stärkung der kommunalen Planungshoheit kommunale Handlungsinstrumente geschaffen und Fachkompetenz zur Verfügung gestellt werden.

3. Den Ausbau Erneuerbarer Energien unterstützen und beschleunigen

Der Ausbau Erneuerbarer Energien muss unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit, der Netzintegration und der lokalen Wertschöpfung beschleunigt werden. Der Freistaat muss als großer Grundeigentümer Liegenschaften für die Erzeugung Erneuerbarer Energien vorrangig den Kommunen und regional getragenen Akteuren zur Verfügung stellen und eine lokale Wertschöpfung unterstützen.

4. Die Rahmenbedingungen für die Flüchtlings- und Integrationspolitik auskömmlich finanzieren

Die Flüchtlings- und Integrationspolitik muss in staatlicher Verantwortung bleiben. Insbesondere muss der Freistaat die Unterbringung der Geflüchteten unabhängig vom Aufenthaltsstatus sicherstellen, die Flüchtlings- und Integrationsberatung auskömmlich finanzieren und die erforderlichen kommunalen Ausgaben bei der Aufnahme, Versorgung und Integration kompensieren.

5. Die Gesundheits- und Pflegeversorgung sicherstellen

Für das Krankenhausbauprogramm müssen die Investitionsmittel deutlich erhöht werden. Der Freistaat muss Kliniken, die von der massiven Preissteigerung und dabei insbesondere den enorm gestiegenen Energiepreisen betroffen sind, schnell und unbürokratisch helfen. In der stationären Pflege muss die Investitionskostenförderung anders aufgestellt und ebenfalls mit viel höheren Mitteln gefördert werden. Auch ist eine auskömmliche Finanzierung der Überleitungspflege erforderlich. Bürokratie kann und darf kein Hindernis sein, wenn Pflegekräfte dringend gebraucht werden – es bedarf einer deutlich schnelleren Anerkennung von Abschlüssen und Initiativen für die Personalgewinnung.

Die ambulante Pflege und die Sozialstationen sind auskömmlich staatlich zu fördern.

6. Die Verwaltung vor dem Kollaps bewahren und die Digitalisierung verbessern

Die politischen Bekundungen, Verwaltungsverfahren und Förderprogramme aufs Wesentliche zu konzentrieren und überbordende Komplexität zu reduzieren, müssen endlich in die Tat umgesetzt werden. Bei der Digitalisierung der Verwaltung muss berücksichtigt werden, dass sich die Anforderungen großer Kommunen zum Teil sehr deutlich von den Anforderungen kleiner Kommunen unterscheiden. Für die strategische Planung aller Kommunen ist es dringend erforderlich, dass diese noch stärker eingebunden werden, und dass Digitalisierungsprojekte langfristig geplant und durch Bund und Land besser kommuniziert werden als bisher. Insbesondere muss die Digitalisierung der Verwaltung stärker vereinheitlicht werden.

7. Den Öffentlichen Dienst attraktiver machen

Der Staat ist aufgerufen, für den Öffentlichen Dienst bessere Rahmenbedingungen zu schaffen (zum Beispiel attraktivere Besoldung, kostenfreie Ausbildung vor allem für Mangelberufe, bevorzugte Vergabe öffentlicher Wohnungen, Reduzierung von Verwaltungs- und Dokumentationsaufwand für Erziehungs- und Pflegeberufe). Werbekampagnen für den Öffentlichen Dienst müssen verstärkt werden. Dem Dienst am Gemeinwohl muss mehr Wertschätzung entgegengebracht werden. Hürden für die Beschäftigung müssen reduziert und Qualifizierungsmaßnahmen ausgebaut werden.

8. Bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten

Der Staat muss für die Schaffung von Wohnraum effektive bodenrechtliche Steuerungsmöglichkeiten bereitstellen (zum Beispiel eine Grundsteuer C und wirksame Vorkaufsrechte). Wohnraumfördermittel müssen planbar und auskömmlich sein. Das gelingt durch eine Verdoppelung der staatlichen Mittel auf Grundlage eines Maßnahmenprogramms über vier Jahre. Der Fokus soll auf bezahlbaren Mieten und energetischer Ertüchtigung liegen. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, sich auf

Bundesebene für eine beherzte Novelle des Baugesetzbuches einzusetzen und ebenso dafür, dass günstiger Mietwohnraum in privater Hand erhalten wird.

9. Bildung und Kinderbetreuung brauchen mehr staatliche Unterstützung

Der Freistaat Bayern muss in seiner eigenen staatlichen Verantwortung mehr ganztägige Schulangebote zur Umsetzung des Rechtsanspruchs für Kinder im Grundschulalter schaffen. Er muss die Kindertagesbetreuung in kommunaler Verantwortung so auskömmlich fördern, dass die Rechtsansprüche erfüllt werden können. Vor allem müssen Bund und Land anerkennen, dass eine vollständige Umsetzung des Rechtsanspruchs im Zeithorizont von 2026 bis 2030 mit der aktuellen staatlichen Unterstützung und angesichts des sich weiter verschärfenden Fachkräftemangels unwahrscheinlich ist.

10. Kommunen brauchen mehr Unterstützung für nachhaltige Mobilität

Der Bayerische Städtetag unterstützt das Ziel der ÖPNV-Strategie einer deutlichen Erhöhung der Fahrgastzahlen bis 2030. Dafür müssen Bund, Freistaat und Kommunen eine Angebotsoffensive für den ÖPNV starten. Bund und Freistaat müssen die Investitionen deutlich erhöhen.

Der Freistaat muss die Verkehrswende ganzheitlich finanziell und inhaltlich begleiten – in Stadt und Land. Insbesondere müssen den Kommunen vom Gesetzgeber mehr Handlungsspielräume eingeräumt werden, beispielsweise bei der Anordnung von Tempo 30 Zonen oder bei der Erhebung von Parkgebühren als Gestaltungsinstrument des Klimaschutzes und der Aufenthaltsqualitäten in der Stadt.

Ausführliche Erläuterungen zu allen Forderungen erhalten Sie online unter www.bay-staedtetag.de

